

Windräder, Industriepark und Welterbe

Jetzt liegt das komplette Gutachten zum „Zukunftsprojekt Morgenrot“ vor.

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG. Jetzt liegt es vor: das komplette Gutachten zur Kulturerbeverträglichkeitsprüfung des „Zukunftsprojektes Morgenrot“. Darüber hat die Stadtverwaltung Quedlinburg die Stadträte am Dienstagnachmittag informiert. Und ihnen auch einen Link zur Verfügung gestellt, über den das Gutachten – es umfasst einschließlich Anhang mehr als 320 Seiten – einsehbar ist. Einsehbar – Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) hatte zuletzt im Haupt- und Finanzausschuss zugesichert, dass die Unterlagen, sobald sie vorlägen, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt würden – ist es seit Mittwoch auch auf der Website der Stadt Quedlinburg.

Mit dem Gutachten werden anhand vieler Visualisierungen die Auswirkungen des „Zukunftsprojektes Morgenrot“ – es umfasst einen Industriepark und einen Energiepark – auf die Schlüsselattribute, den außergewöhnlichen universellen Wert des Welterbes geprüft: von



Welche Auswirkungen hat das Morgenrot-Projekt auf die Schlüsselattribute, den außergewöhnlichen universellen Wert des Welterbes Quedlinburg? Das ist in dem Gutachten untersucht worden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

der ursprünglichen Planung über einen ersten sowie einen zweiten Minderungsschritt, mit denen etwa die Zahl der Windkraftanlagen reduziert und deren Standorte verändert sowie Veränderungen bei der Bebauung im Industriepark vorgenommen wurden. Der Gutachter – das Büro Michael Kloos Planning and Heritage Consultancy – zieht das Fazit, dass – mit den vorgenommenen Änderungen – die Auswirkungen insgesamt „als akzeptabel erachtet“ würden. Ausdrücklich

wird aber unter anderem darauf hingewiesen, dass sofort mögliche kumulative Auswirkungen von Planungen weiterer Windenergieflächen in Nachbarkommunen zu prüfen seien und auch hier auf eine Kulturerbeverträglichkeitsprüfung gedrängt werden sollte.

Wie Oberbürgermeister Frank Ruch im Hauptausschuss berichtete, gebe es Gespräche mit Nachbarkommunen im Rahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft. Zudem habe es im Beisein des Wirt-

schafts- und Finanzministers eine Beratung mit der Ministerin für Infrastruktur und Digitales gegeben, um „eine konstruktive Einordnung des Projekts“ zu erreichen.

Die Planungsunterlagen für das Projekt sollen dem Stadtrat nun nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, im Juli zum Beschluss vorgelegt werden, sondern erst im Oktober. Zwischenzeitlich beabsichtigt die Stadtverwaltung, die Unterlagen ein zweites Mal öffentlich auszulegen.